

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30

# politisches

# Kalenderblatt

Pressedienst für zeitgeschichtliche Jahrestage

## Juni 94

- 02.06.1989** Vor 5 Jahren: Entscheidung für den "langen Donnerstag"
- 04.06.1989** Vor 5 Jahren: Massaker in Peking
- 06.06.1944** Vor 50 Jahren: Invasion in der Normandie
- 12.06.1989** Vor 5 Jahren: "Gorbi" in Deutschland
- 17.06.1991** Vor 3 Jahren: Nachbarschaftsvertrag mit Polen
- 20.06.1991** Vor 3 Jahren: Berlin wird Parlaments- und Regierungssitz
- 25.06.1984** Vor 10 Jahren: Internationale Umweltkonferenz in München
- 28.06.1919** Vor 75 Jahren: Unterzeichnung des Versailler Vertrags
- 30.06.1934** Vor 60 Jahren: "Röhm-Putsch": Mord auf Befehl des Staates

## Entscheidung für den "langen Donnerstag"

**A**m 2. Juni 1989 - heute vor fünf Jahren - verabschiedet der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die Einführung eines Dienstleistungsabends. In namentlicher Abstimmung sichern die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP dem Vorhaben der Bundesregierung eine klare Mehrheit, nach über drei Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zu ermöglichen. Mit dem Gesetz (welches nach der Zustimmung des Bundesrats Ende Juni zum 1. Oktober 1989 in Kraft tritt) können Geschäfte sowie öffentliche Dienststellen des Bundes am Donnerstag bis 20.30 Uhr offenhalten; gleichzeitig werden die Öffnungszeiten an den verkaufsoffenen Samstagen während der Sommermonate von 18 auf 16 Uhr verkürzt. Die zulässige Gesamtöffnungszeit von 64,5 Stunden pro Woche bleibt somit unverändert.

Dennoch hat es im Vorfeld des Parlamentsbeschlusses heftige innenpolitische Auseinandersetzungen um die Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten gegeben. Insbesondere von gewerkschaftlicher Seite, aber auch aus den Reihen des Einzelhandels ist massive Kritik laut geworden; die Welle der Streiks und Arbeitsniederlegungen hört mit der Verabschiedung des Gesetzes nicht auf, sondern setzt sich bis in den Herbst fort. Dabei zeigt ein Blick ins benachbarte Ausland, daß die Bundesrepublik selbst nach Einführung des Dienstleistungsabends im europäischen Maßstab noch immer zu den Schlußlichtern in Sachen "Ladenschluß" gehört. Dies ist auch - neben der Chance für Berufstätige, zumindest an einem Tag in der Woche ohne Hetze einkaufen zu können - eines der wichtigsten Argumente, mit denen die deutschen Verbraucherverbände das Vorhaben der Bundesregierung von Beginn an unterstützt haben. Und auch die Tatsache, daß künftig Innenstädte und Fußgängerzonen wenigstens Donnerstags abends nicht schon um 19 Uhr verödet sind, ist für die Befürworter der Gesetzesinitiative ein wesentlicher Gesichtspunkt.

Heute, fünf Jahre nach Verabschiedung des "Dienstleistungsabends" im Bundestag, gehört der "lange" Donnerstag längst zur gewohnten Normalität. Die Verbraucher haben das neue Angebot voll angenommen. Dazu hat gewiß auch beigetragen, daß es sich nach anfänglichem Zögern im Bereich des Einzelhandels mittlerweile in den Innenstädten flächendeckend durchgesetzt hat und daß auch Banken und kommunale Behörden an diesem Tag zumindest einen deutlich verlängerten Service anbieten.

## Massaker in Peking

Am 4. Juni 1989 - heute vor fünf Jahren - enden die seit sieben Wochen andauernden Massendemonstrationen für Menschenrechte und demokratische Freiheiten in China mit einem beispiellosen Blutbad. In der Nacht vom 3. zum 4. Juni richtet die chinesische Volksbefreiungsarmee in der Hauptstadt Peking ein Massaker an: Die Armee schießt sich den Weg ins Zentrum frei, reißt mit Panzern Barrikaden nieder, überrollt dabei Dutzende von Menschen und feuert auf unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder, die sich den anrückenden Soldaten zu Hunderttausenden in den Weg stellen wollen. In den Morgenstunden spielen sich auf dem Platz des Himmlichen Friedens, wo sich seit Wochen das Zentrum friedlicher und teilweise witziger Protestkundgebungen der Studenten befindet, fast unbeschreibbar grausige Szenen ab. Am Mittag gleicht die chinesische Hauptstadt nach den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen der Nacht einem Schlachtfeld. Hunderte, vielleicht Tausende von Menschen sind gewaltsam getötet worden, Zehntausende sind verletzt; sämtliche Hospitäler Pekings sind hoffnungslos mit Verwundeten überfüllt. Auch etliche Soldaten sind ums Leben gekommen; teils von eigenen Armeefahrzeugen überfahren, weil sie zögerten, gegen die unbewaffneten Zivilisten vorzugehen, teils von der aufgebrauchten Menschenmenge erschlagen und zu Tode geprügelt. Die offiziellen Medien der Volksrepublik sprechen von einem "glorreichen Sieg", den die Armee über die "Konterrevolutionäre" errungen habe. Die blutige Niederschlagung der friedlichen Demokratiebewegung sei vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei angeordnet worden, um die "konterrevolutionären Aktivitäten" zu beenden.

Während die Ereignisse in Peking rund um den Globus Empörung, Abscheu und Entsetzen auslösen und bei Protestdemonstrationen in aller Welt einhellig verurteilt werden, finden ausgerechnet die SED-Machthaber in Ost-Berlin für das Vorgehen der chinesischen Volksbefreiungsarmee Erklärungen und Rechtfertigungen. Mehr noch: Das Honecker-Regime, das sonst gern öffentlich Kritik an der Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China übt, lobt jetzt sogar die Führung in Peking, die von der DDR-Volkskammer auch noch Beifall erhält: man habe es in der DDR mit denselben Feinden zu tun, heißt es.

Kein Zweifel: Die Haltung der SED-Staats- und -Parteiführung zur Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung gehört zu jenen Ereignissen, die im Spätsommer 1989 vielen Menschen in Ostdeutschland ihre persönliche Situation immer auswegloser und hoffnungsloser erscheinen lassen. Sie sehen in der DDR keine Perspektive mehr für ihr künftiges Leben und kehren dem Staat der SED zu Tausenden den Rücken.

## Invasion in der Normandie

**A**m 6. Juni 1944 - heute vor 50 Jahren - beginnt in der Normandie die Landung der anglo-amerikanischen Invasionsarmee. Der "D-Day" startet bereits wenige Minuten nach null Uhr, als in regnerischer und trüber Nacht Vorkommandos der amerikanischen Fallschirmjäger abspringen, um für ihre Divisionen - die 82. und die 101. "Airborne" - die Landeplätze zu markieren. Kurz darauf springen etwa 80 Kilometer entfernt britische Vortrupps ab; gemeinsam mit den US-Verbänden grenzen sie jenen Brückenkopf auf der Halbinsel Cotentin ab, den die alliierten Landungstruppen bis zum Abend dieses Tages erkämpft haben werden.

Die deutschen Besatzungstruppen in Frankreich sind erfolgreich getäuscht worden; bis zuletzt erwarten ihre Stäbe eine Landung der Alliierten an der engsten Stelle des Ärmelkanals, im Raum Calais, von wo aus ein direkter Durchbruch ins Ruhrgebiet denkbar wäre. Tatsächlich aber beginnt in der Morgendämmerung der Angriff von See her über die Seine-Bucht; hier ist die mit rund 6.400 Schiffen und Booten größte und mächtigste Flotte der Geschichte aufgefahren. In ihrem Schutz werden die ersten Wellen der Invasionsstreitmacht an Land gesetzt. Die erdrückende Luftüberlegenheit der Alliierten ist ein weiterer wichtiger Faktor für den Erfolg von "Overlord" - so der Deckname für die Planung der Invasion.

Mit dem "D-Day" kommt - heute vor 50 Jahren - die endgültige Wende des Zweiten Weltkriegs. Mit der alliierten Invasion beginnt die Befreiung Westeuropas von der Herrschaft Hitlers. Die Eröffnung der "zweiten Front" im Westen erleichtert und beschleunigt die Offensiven der sowjetischen Armeen im Osten; und die erfolgreiche Landung und der Sieg im Sommerfeldzug 1944 in Frankreich (am 25. August zieht General de Gaulle in Paris ein) führen Amerikaner und Briten schließlich im Frühjahr 1945 von Westen her mitten in Deutschland, an der Elbe, mit den Sowjets zusammen: Deutschland ist vollständig besiegt und muß am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulieren.

Ohne die Invasion in der Normandie hätte der Krieg vermutlich noch geraume Zeit fort dauern können; dabei ist kaum vorstellbar, was schließlich aus Westeuropa geworden wäre. Fest steht nur, daß den Deutschen die Atombombe erspart blieb; sie kommt erst knapp drei Monate nach der deutschen Kapitulation gegen Japan zum Einsatz und führt auch im pazifischen Raum das Ende des Zweiten Weltkriegs herbei.

## “Gorbi” in Deutschland

**A**m 12. Juni 1989 - heute vor fünf Jahren - beginnt ein viertägiger Staatsbesuch des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland. Sein Aufenthalt in Bonn, Stuttgart und Dortmund wird zu einem Wendepunkt in den deutsch-sowjetischen Beziehungen der Nachkriegszeit. Überall schlägt dem Reformler Gorbatschow eine Sympathiewelle entgegen, feiern ihn die Menschen als Hoffnungsträger. Auf dem Bonner Marktplatz, wo der Besucher aus Moskau eines seiner Bäder in der Menge nimmt, habe er sich wie unter “Landsleuten” gefühlt, scherzt Gorbatschow gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl. Tatsächlich sind Fensterplätze mit Blick auf das Rathaus teurer als zu Karnevalszeiten - so groß ist das Bedürfnis der Menschen, zumindest einen Blick auf jenen Mann zu werfen, der überall mit “Gorbi, Gorbi“-Rufen empfangen wird. Im westlichen Ausland wird angesichts von soviel Überschwang bereits von der “Gorbimanie” der Deutschen gesprochen.

Die Bundesregierung läßt jedoch keinen Zweifel an ihrer festen Verbundenheit mit dem Westen aufkommen; das wird sie indes nicht an einer zielbewußten Öffnung gegenüber einem reformbereiten Osten hindern, wie Bundeskanzler Kohl seinem Gast wiederholt deutlich macht. Neben einer ganzen Reihe von Regierungsabkommen wird von Gorbatschow und Kohl auch eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der die Sowjetunion sich - überhaupt zum ersten Mal in dieser Form - in einem bilateralen Dokument zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur Verwirklichung der Menschenrechte bekennt.

Vielleicht noch wichtiger: Im Verhältnis Gorbatschows zu Kohl kommt es durch den Besuch in Bonn zu einem Durchbruch; zwischen beiden entsteht persönliches Vertrauen. Unter vier Augen wird auch über die Reformbemühungen in den Staaten des Ostblocks und über die Wirtschafts- und Versorgungsprobleme der Sowjetunion gesprochen. Bei einem abendlichen Gespräch im Park des Bonner Kanzleramts kommt das Thema der deutschen Einheit zur Sprache. Mit Blick auf den vorbeiströmenden Rhein vergleicht Kohl den unaufhaltsam fließenden Strom mit der Einheit Deutschlands, die - so oder so, früher oder später - kommen werde. Allein die Teilung Deutschlands stehe als entscheidende Belastung und als Hindernis für eine wirkliche Partnerschaft und Freundschaft zwischen den Völkern beider Staaten. Gorbatschow zieht sich bei dieser Gelegenheit noch auf die Feststellung zurück, daß die Teilung eben zu den Realitäten gehöre, die der Krieg geschaffen habe. Die Geschichte könne nicht umgeschrieben werden. Keiner von beiden kann an diesem Frühsommerabend am Bonner Rheinufer ahnen, daß in Deutschland und in ganz Europa historische Umwälzungen unmittelbar bevorstehen.

## Nachbarschaftsvertrag mit Polen

**A**m 17. Juni 1991 - heute vor drei Jahren - unterschreiben in Bonn Bundeskanzler Kohl, der polnische Ministerpräsident Bielecki und die Außenminister Genscher und Skubiszewski den "Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit". Die Zeremonie, für die der Arbeitstisch des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer aus dem alten Palais Schaumburg in den Saal des neuen Kanzleramts gebracht worden ist, findet in Anwesenheit deutscher und polnischer Minister und Abgeordneter, Vertreter der Kirchen und Jugendlichen aus beiden Ländern statt. In vorderster Reihe steht der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt, der von Kanzler Kohl zur Unterzeichnung des Vertrags gebeten worden ist; die ungewöhnliche Geste gilt dem Vorgänger, in dessen Amtszeit der Warschauer Vertrag von 1970 geschlossen wurde.

Zusammen mit dem Nachbarschaftsvertrag werden ein Abkommen über die Gründung eines Deutsch-Polnischen Jugendwerkes (nach dem Vorbild des Jugendaustauschs mit Frankreich), eine Vereinbarung über die Bildung des Deutsch-Polnischen Umweltrats und ein Notenwechsel über regionale und grenznahe Zusammenarbeit unterzeichnet. Dabei bildet der Nachbarschaftsvertrag mit dem schon im November 1990 unterzeichneten Grenzvertrag ein einheitliches Vertragswerk, d.h. die endgültige Regelung der Grenzfrage ist verknüpft mit einer breit angelegten Zusammenarbeit und mit besseren Entfaltungsmöglichkeiten für die deutsche Minderheit in Polen. Auf diese Weise verbindet sich die Besiegelung des Vergangenen mit dem Ausblick auf eine gemeinsame Zukunft, für die Deutschland u.a. Unterstützung für Polens Bemühungen um einen späteren Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft und um Investitionen zur Förderung des wirtschaftlichen Neuaufbaus zusichert.

In gewisser Hinsicht bildet das umfassende Vertragswerk mit Polen den Schlußstein im Bau der deutschen Vereinigung. Denn ohne die Gewißheit einer grundlegenden und abschließenden deutsch-polnischen Abmachung hätten die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs im Jahr zuvor - 1990 - der Vollendung der staatlichen Einigung Deutschlands und der Wiederherstellung seiner uneingeschränkten Souveränität nicht zugestimmt.

Unter das schreckliche Leiden des polnischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs und das darauf folgende Unrecht der Vertreibung von Millionen Deutschen setzt die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags heute vor drei Jahren einen Schlußstrich, der den beiden Nachbarn endlich den Blick auf eine gemeinsame demokratische Zukunft eröffnet. Ehe Deutsche und Polen miteinander auf den Vertrag anstoßen, erklärt Bundeskanzler Kohl: "Wir bringen das Werk der Verständigung und Versöhnung zwischen unseren Ländern und Völkern sichtbar voran."

## Berlin wird Parlaments- und Regierungssitz

**A**m 20. Juni 1991 - heute vor drei Jahren - entscheidet der Bundestag über den künftigen Sitz von Parlament und Regierung. Zwar ist Berlin seit dem 3. Oktober 1990 wieder Hauptstadt des geeinten Deutschlands, aber die Entscheidung über den künftigen Sitz von Bundestag und Bundesregierung ist im deutsch-deutschen Einigungsvertrag verhandelt worden. Nun also muß die Frage entschieden werden, ob Bonn, das der "alten" Bundesrepublik 40 Jahre lang als "provisorische" Hauptstadt gedient hat, nicht nur der Titel, sondern auch die eigentlichen Würden einer Hauptstadt verloren gehen: das Parlament und die Regierung.

Die Debatte im Bundestag heute vor drei Jahren verdient sich zu Recht das Prädikat "Sternstunde des Parlamentarismus", und zwar nicht so sehr wegen ihrer Dauer (über zehn Stunden) und der Zahl der Redner (es sind über hundert), sondern wegen des rhetorischen Gehalts der Reden - ihrer Überzeugungskraft, ihrer Glaubwürdigkeit und ihrer gedanklichen Klarheit. Es gibt keinen Fraktionszwang; die Reihen der Anhänger und Gegner Berlins und Bonns verlaufen quer durch alle Parteien. Vor der Fernsehnation entfaltet sich den ganzen Tag über ein konzentrierter und spannender Austausch der Argumente, und wenn nicht alles täuscht, so haben an diesem 20. Juni 1991 tatsächlich Worte Meinungen bewegt und eine veränderte Mehrheit hervorgebracht.

Denn im Vorfeld scheint alles klar zu sein: Sämtliche Schätzungen sagen eine knappe, aber stabile Mehrheit für Bonn voraus. Als nach einstündiger Auszählung um 21.47 Uhr das Ergebnis der namentlichen Abstimmung feststeht, ist die Entscheidung mit einer Mehrheit von 18 Stimmen für Berlin gefallen: 338 zu 320 (eine Enthaltung, eine ungültige Stimme). Berlin hatte nicht nur die prominenteren Befürworter - Bundeskanzler Helmut Kohl, Alt-Bundeskanzler Willy Brandt und etliche andere Politiker aus der vordersten Reihe sind für die alt-neue Hauptstadt eingetreten - , es hatte auch die besseren Redner auf seiner Seite. Vor allem der eindrucksvolle Beitrag des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble wird von beiden Seiten und von den zahlreich anwesenden Vertretern der Medien für den vermutlichen Stimmungsumschwung zugunsten Berlins verantwortlich gemacht. Als die Entscheidung gefallen ist, als die mehr als 600 Abgeordneten aus dem viel zu engen Saal des Bonner Wasserwerks drängen und feststeht, daß Berlin nun wirklich wieder Hauptstadt wird, da kommen sie aus allen Parteien zu Schäuble, um ihm zu danken und zu gratulieren: nicht nur Parteifreunde von der CDU, sondern auch Brandt und Vogel von der SPD und Fischer von den Grünen.

## Internationale Umweltkonferenz in München

**A**m 25. Juni 1984 - heute vor zehn Jahren - beginnt in München die erste Internationale Umweltschutzkonferenz. Die deutschen Gastgeber können neben den Ministern zahlreicher westeuropäischer Länder, Kanadas und der USA auch die zuständigen Vertreter der Sowjetunion und aller osteuropäischen Staaten mit Ausnahme Albaniens begrüßen - insgesamt sind 31 Staaten und vier internationale Organisationen beteiligt. Der blockübergreifende Charakter dieser Konferenz ist um so wichtiger, als sich die Ost-West-Beziehungen vor dem Hintergrund der sowjetischen Überrüstung im Bereich nuklearer Mittelstreckenwaffen und der inzwischen begonnenen "Nachrüstung" der NATO in einem Zustand erhöhter Spannung und wechselseitiger Vorwürfe und Beschuldigungen befinden. In seinem Grußwort hebt Bundeskanzler Helmut Kohl denn auch besonders hervor, die "außerordentliche Bedeutung" der Konferenz bestehe darin, daß West und Ost über alles Trennende hinweg zur Beratung praktischer Lösungen bereit seien.

Alle Teilnehmer schließen sich der Bewertung der Bundesregierung an, wonach der Umweltschutz "nach der Sicherung des Friedens die wichtigste Aufgabe unserer Zeit" sei. Nach einer in letzter Minute überwundenen Krise wegen sowjetischer Formulierungswünsche über den Zusammenhang von Umweltschutz und Wettrüsten verständigen sich sämtliche vertretenen Staaten auf eine einstimmig verabschiedete "Entschliebung von München" - ein zu dieser Zeit ganz ungewohnter Ost-West-Konsens über den Eisernen Vorhang hinweg. Am Ende viertägiger Beratungen, die hochrangige Politiker nicht nur am Verhandlungstisch, sondern auch bei bayerischen Brotzeiten, Schuhplattlermusik, Dampferfahrten auf dem Starnberger See und "Figaros Hochzeit" im historischen Cuvillies-Theater zusammengeführt haben, herrscht fast so etwas wie ein gemeinsames Hochgefühl: Ein gewaltiger internationaler Geleitzug in Sachen Umweltschutz ist in Fahrt gekommen, aus dem niemand mehr ohne weiteres wird ausscheren können.

Handfest sind die Fortschritte zur Reduzierung der weltweiten Schwefeldioxid-Emissionen: Mit Abschluß der Münchner Konferenz sind es 18 Länder, die der "Erklärung von Ottawa" vom März 1984 beigetreten sind - und sich damit verpflichtet haben, bis spätestens 1993 ihre jeweiligen nationalen Schwefeldioxid-Emissionen um mindestens 30 Prozent gegenüber dem Stand von 1980 zu senken. Auf diese Weise wird die Münchner Konferenz auch zu einem wichtigen Meilenstein auf dem Weg zum Umweltgipfel in Rio, der im Juni 1992 die Staats- und Regierungschefs von fast 170 Ländern versammelt.

## Unterzeichnung des Versailler Vertrags

Am 28. Juni 1919 - heute vor 75 Jahren - findet im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles die Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen den siegreichen Alliierten und dem Deutschen Reich statt. Der Vertragsinhalt hat so gut wie nichts gemein mit der Idee eines gerechten Friedens und den Prinzipien jener "14 Punkte" des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, auf die Deutschland beim Waffenstillstand im November 1918 seine Hoffnungen gesetzt hat. Das Deutsche Reich verliert rund ein Siebtel seines Territoriums und ein Zehntel seiner Bevölkerung sowie sämtliche Kolonien. Die ehemalige kaiserliche Kriegsflotte hat sich eine Woche zuvor in Scapa Flow bereits selbst versenkt; umfangreiche Bestände an Waffen, Lokomotiven, Waggonen, Lastkraftwagen und Nutztieren sind abzuliefern; ferner ein großer Teil der deutschen Kohleförderung. Die Gebietsabtretungen haben gewaltige Einbußen bei der Rohstoffversorgung und in der Landwirtschaft zur Folge. Die Reichswehr muß innerhalb von 18 Monaten auf 100.000 Mann reduziert werden, alle schweren Waffen sind verboten. Die Wiedergutmachungsforderungen sind so astronomisch, daß sie von einer alliierten Reparationskommission erst noch detailliert festgelegt werden müssen. Schließlich die moralische Demütigung: Deutschland muß unter der ultimativen Drohung der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten die alleinige Schuld für den Krieg unterschreiben - und zwar genau an jenem Ort, an dem 48 Jahre zuvor das Deutsche Kaiserreich proklamiert worden ist.

In Deutschland geht die Empörung quer durch alle politischen Lager. Reichskanzler Philipp Scheidemann (SPD) hat nach Bekanntwerden des Vertragsentwurfs am 12. Mai vor der Nationalversammlung ausgerufen: "Der Vertrag ist unerträglich und unerfüllbar. Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legte!" - Aber am Ende - die Regierung ist zurückgetreten, SPD und Zentrum bilden eine von der DDP tolerierte Minderheitsregierung - wird doch unterschrieben; denn alle politisch verantwortlichen Kräfte sehen übereinstimmend die Gefahr, daß Deutschland andernfalls zerstückt werden und seine staatliche Einheit verlieren wird.

Wenn Friedensschlüsse an der Stabilität der von ihnen geschaffenen internationalen Ordnung zu messen sind, dann ist der Versailler Vertrag eine Katastrophe; denn schon bei seiner Unterzeichnung - heute vor 75 Jahren - ist klar, daß er keinen Bestand haben kann. In der historischen Forschung ist unstrittig, daß der Vertrag und seine Folgewirkungen wesentlich zum Aufstieg Hitlers und indirekt auch zum Ausbruch eines weiteren und noch viel schrecklicheren Weltkriegs beigetragen haben.

Im deutsch-französischen Verhältnis markiert "Versailles" einen historischen Tiefpunkt; vor 75 Jahren scheint der Teufelskreis aus wechselseitiger Rachsucht und Demütigung unentrinnbar. Demgegenüber wirkt es wie ein politisches Wunder, daß heute im Rahmen der deutsch-französischen Beziehungen Partnerschaft und Freundschaft alltägliche Realität sind.

## “Röhm-Putsch”: Mord auf Befehl des Staates

**A**m 30. Juni 1934 - heute vor 60 Jahren - beginnt der sogenannte “Röhm-Putsch”: in seinem Verlauf werden auf direkten Befehl des Reichskanzlers Adolf Hitler der bisherige Stabschef der SA, Ernst Röhm, sowie eine Reihe seiner engsten Vertrauten erschossen. Zugleich läßt Göring in Berlin auf Weisung Hitlers Verhaftungen und Morde vornehmen; ihnen fallen u.a. Hitlers Vorgänger als Reichskanzler, General von Schleicher, sowie der ehemals einflußreiche NSDAP-Führer Gregor Strasser zum Opfer. Auch Schleichers Frau und zahlreiche andere unliebsame Personen, die dem Regime kritisch gegenüberstehen, werden ohne jedes gerichtliche Verfahren kaltblütig ermordet.

Hintergrund der in der deutschen Geschichte beispiellosen Aktion ist Hitlers Absicht, die SA ein für allemal zu entmachten. Wegen ihrer Bestrebungen, in Deutschland eine “zweite Revolution” zu veranstalten, und wegen des Konkurrenzverhältnisses zur Reichswehr, die Hitler dauerhaft auf seine Seite ziehen und auf seine Person verpflichten will (was ihm nur einen Monat später, beim Tod des Reichspräsidenten v. Hindenburg am 2. August 1934, auch tatsächlich gelingt), hat er den Entschluß gefaßt, Röhm und seine Anhänger zu liquidieren. Mit der Entmachtung der SA geht der Aufstieg der SS einher; sie wird am 20. Juli 1934 zu einer selbständigen Organisation im Rahmen der NSDAP erhoben, ihr “Reichsführer” Heinrich Himmler dem direkten Befehl Hitlers unterstellt. Schon am 3. Juli hat das Reichskabinett einem Gesetz zugestimmt, dessen einziger Artikel besagt: “Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens.” Und der Staatsrechtler Carl Schmitt rechtfertigt die Vorgänge vom 30. Juni in der “Deutschen Juristenzeitung” vom 1. August unter der Überschrift: “Der Führer schützt das Recht.”

In Wahrheit markiert der 30. Juni 1934 einen entscheidenden Schritt hin zum völligen Unrechtsstaat: Von nun an ist in Deutschland im Grunde alles ins Belieben einer verbrecherischen Clique gestellt. Die erfolgreiche “Machtergreifung” des Vorjahrs, die Schaffung der Einparteien-Diktatur, die Errichtung der Konzentrationslager, ja selbst die beginnende Entrechtung der jüdischen Mitbürger - für alles das hatte sich immer noch irgendein scheinlegales Mäntelchen finden lassen, um das Unrecht der “nationalsozialistischen Revolution” zu rechtfertigen. Doch der “Röhm-Putsch” ist purer Mord - angeordnet von der Spitze des Staates und in aller Öffentlichkeit vollzogen. Zum ersten Mal reißt hier für einen Moment der Vorhang auf und gibt den Blick frei auf die Fratze des Verbrechens und der Mordlust - lange vor der “Reichskristallnacht” von 1938 und vor den jede menschliche Vorstellungskraft sprengenden Verbrechen der Kriegsjahre.